

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

33. Jahrgang.

N^o 226.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Donnerstag, den 29. September.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gesaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1881.

Wetterprognose für Donnerstag, den 29. September: Abnehmende Bewölkung, Temperatur wenig verändert, zunächst noch einige Niederschläge, dann trocken.

Die Rede Bennigsen's in Hannover.

Am Sonntag hat der Führer der national-liberalen Partei, Herr von Bennigsen, im Börsensaale zu Hannover vor einer großen national-liberalen Versammlung seine Auffassung der augenblicklichen politischen Lage in einer ausführlichen Rede entwickelt. Von besonderer Bedeutung sind aus der letzteren die Erläuterungen, mit welchen der Redner die einzelnen Sätze des hannoverschen Wahlaufsatzes, der an und für sich nur von lokalem Interesse ist, begleitete.

„Die hannoverschen Abgeordneten, sagte Herr v. Bennigsen, haben immer, ihrer Stammesnatur folgend, einen mächtigen Einfluß auszuüben gesucht, um die Nachwirkungen des altpreussischen Verfassungskongresses abzuschwächen: sie haben sich durch keine Angriffe von rechts oder von links darin irre machen lassen. Es liegt im hannoverschen Charakter der Zug der Gerechtigkeit, auch Andere gelten zu lassen, so weit sie in ihrer Sphäre berechtigt sind. Wir haben niemals die liberalen Forderungen für die allein berechtigten gehalten; denn jede Verfassung beruht auf der Ausgleichung der liberalen und der konservativen Interessen, und nur da, wo diese Ausgleichung gelingt, ist auf dauernde gesunde Zustände zu rechnen.

Dagegen ist im Wechsel der Zeiten bald die liberale, bald die konservative Richtung vorzugsweise berechtigt, der Gesetzgebung ihren Stempel aufzudrücken. Da war es denn natürlich, daß die liberale Partei einen vorwiegenden Einfluß gewann, als gerade nach ihren langjährigen Forderungen die deutsche Verfassung gegründet wurde, während diesen die konservativen Parteien bisher offen widerstrebt hatten. Wie von den Parteien zur Rechten, erführen wir auch vielfachen Widerstand von der zur Linken von uns, von der Fortschrittspartei; wenn es nach deren Doktrinen gegangen wäre, hätten wir niemals eine norddeutsche, eine deutsche Verfassung, eine große Justizgesetzgebung erhalten. Wenn die Parteien nicht so viel Patriotismus haben, mit anderen Parteien und mit der Regierung zusammenzuwirken, dann giebt es keine festen Zustände in der Gesetzgebung.

Wir wollen also froh sein, daß es uns gelungen ist, die Verfassung und die Gesetze mit besonderem Einfluß der liberalen Partei in's Leben zu rufen; aber nicht immer hat diese den Anspruch auf vorwiegenden Einfluß.

Auf den von ihr geschaffenen Grundlagen ist ein anderes Geschlecht erwachsen, welches weniger auf die liberalen Prinzipien als auf die materiellen Interessen sein Augenmerk richtet, und letzteres muß jetzt auch die liberale Partei thun. Die jetzige konservative Strömung kommt daher, daß die bisherigen Parteien sich nicht genug um die im Volke vorhandenen Unterströmungen bekümmert haben. Darin liegt gerade die hohe Bedeutung des Reichstanzlers, daß er ein so feines Gefühl für solche Strömungen hat; es ist aber zu betonen, daß er dieselben nicht selbst geschaffen hat, sondern sie nur benutzt und fördert, und damit treibt er einen Keil in die alten politischen Parteien. Wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln werden, wissen wir nicht; doch können wir auf die Zukunft vertrauen, weil die Zustände bei uns noch weit gesünder sind, als in anderen Staaten; die Steuerkraft ist noch mäßig angespannt, und auch die wirtschaftliche Krisis hat keinen tiefen Schaden zurückgelassen. Noch ist im Volke ein fester Rechtsinn und ein festgewurztes Gefühl für monarchische Institutionen vorhanden, und dies ist für uns ein großer Segen; wir haben hierin einen Schatz, der Deutschland noch über manche Krisis hinüberführen kann. (Beifall.)

Man hat in neuerer Zeit die materiellen Interessen den politischen vorgezogen; zu besonders lebhaften Kämpfen hat die Frage wegen der Zolltarife geführt. In dem Programm des Berliner Central-Wahlkomitees ist es bestimmt ausgesprochen, daß Zollfragen nicht die Unterlage für politische Parteien bilden sollen können. Die deutschen Verhältnisse im Norden und Süden sind noch so sehr verschieden, daß die Parteibildung nach Zollfragen Deutschland politisch zerreißend würde. Vielmehr gilt es, diese Verschiedenheiten zum Ausgleich zu bringen. Diese Ueberzeugung hat sich mehr und mehr Bahn gebrochen

und ist fast Gemeingut geworden. Es hat sich herausgestellt, daß nichts gefährlicher ist, als Zollgesetze, wenn sie einmal da sind, bald wieder umzustößen; besser ist ein fehlerhafter, aber dauerhafter Tarif, als ein guter, der aber rasch wechselt; ja vielleicht war es ein Vorzug des alten Zollvereins, daß dessen Tarife so schwer zu ändern waren. Jetzt sind ja Änderungen viel leichter; jedoch die Ueberzeugung macht sich mehr und mehr geltend, daß dem Zolltarif die Zeit für eine ehrliche Probe gelassen werden muß. Nur das Eine steht schon jetzt fest: weder die gehofften Vorteile, noch die gefürchteten Nachteile sind in dem erwarteten Maße eingetreten, und das ist natürlich, weil auch die höchsten der neu eingeführten Zölle das Maß der in anderen Staaten und früher bei uns selbst geltenden Zölle nicht überschreiten. (!) Die national-liberale Partei hat dem Zolltarif nicht zugestimmt; aber sie hat dafür zu sorgen, daß jetzt nichts Wesentliches an demselben geändert werde, bis er die ehrliche Probe bestanden hat, und zwar ebenso wenig an den Industrie-, wie an den landwirtschaftlichen Zöllen. Denn es wird sich erst nach einer Reihe von Jahren genau beurtheilen lassen, was gut und was schädlich ist. Deshalb ist Ruhe und Sicherheit für eine längere Reihe von Jahren zu verlangen und sind Experimente zu vermeiden.

Seit Jahren hat sich der Reichstag und der Landtag mit der Steuerreform zu beschäftigen gehabt. Die bisherigen Staatseinnahmen fließen wesentlich aus direkten Steuern unter Schonung der indirekten Steuern; jene lassen keine merkliche Erhöhung mehr zu, und doch sind neue Anforderungen unabwiesbar an den Staat herangetreten. Die national-liberale Partei hat sich der Erkenntnis nicht verschlossen, daß neue Mittel herbeigeschaffen werden müssen; sie hat aber nicht, wie die Fortschrittspartei und die Ultramontanen, diese neuen Mittel durch Abschneidung des Militäretats schaffen wollen. Die Ausgaben für letzteren sind ja schwer und deren Ermäßigung erwünscht, doch würden Erleichterungen in der Wehrpflicht wesentliche Ersparungen nicht zur Folge haben. Wir müssen einmal nach unserer geographischen Lage stets darauf gefaßt sein, nach rechts und links hin Front zu machen; wir wissen aus Erfahrung, was uns diese Rüstung werth ist. Unsere Militärverfassung ist nicht nur eine gute Schule und ein festes Band für das ganze Volk, sondern auch eine Versicherung gegen Störung des Friedens (Beifall); diese ist zwar kostspielig, aber doch noch weit billiger, als wenn wir ungerüstet vom Feinde überfallen würden. Wir wissen jetzt, daß wir jedem anderen Staate für sich gewachsen sind und daß uns die Leitung unserer auswärtigen Politik vor Koalitionen schützt.

Zur stärkeren Anspannung der Steuerkraft sind nicht die direkten, sondern die indirekten Steuern in's Auge zu fassen. Damit ist bereits der Anfang gemacht worden und es wird darin fortzufahren sein, wenn möglich. Aber außerdem sind auch die direkten Steuern von den ihnen anhaftenden Mängeln zu befreien und dabei die unteren Klassen zu erleichtern, die Reichen und namentlich das Kapital stärker heranzuziehen. Außerdem werden die stark überbürdeten Gemeinden entlastet werden müssen, wofür sich nach einem alten Vorschlage der liberalen Partei aus den 60er Jahren, den später die Regierung angenommen hat, die Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden empfiehlt. Es wäre zu wünschen, daß mit diesen Reformen endlich ernstlich angefangen würde; aber die aufgetauchten Projekte sind so verwickelt und so flüchtig, daß noch kein Anfang zu sehen ist. Das Einzige, was bisher geschehen, ist der 14-Millionen-Erlaß, welchen aber die Bevölkerung nicht als ernsthafte Erleichterung empfunden hat. Es wäre zu wünschen, daß die Durchführung der Reformen in den nächsten Jahren mit Energie und Ausdauer in die Hand genommen werde und dafür die Ueberfülle vager Projekte schwinde.

In schwieriger Lage befindet sich der Handwerkerstand, namentlich durch Zunahme der Bagabondage und der Landarmen. Auch die liberale Partei muß untersuchen, ob dies noch eine Nachwirkung der wirtschaftlichen Krisis oder durch die bestehenden Gesetze verschuldet ist; deren Aenderung würde in diesem Falle nicht abzuweisen, aber deshalb würden nie die Grundsätze der Gewerbe-, Zug-

und Berechtigungsfreiheit aufzugeben sein. Dieselben waren ja in Preußen schon seit Jahrzehnten Gesetz und wurden 1867 nur auf das übrige Deutschland ausgelehnt.

Die Lage des Handwerks gegenüber der Großindustrie ist schwer; wir sind ihm deshalb gern behilflich, soweit dies ohne Antastung der Gewerbefreiheit möglich, wie wir dies in den letzten Jahren durch wiederholte gewerbliche Gesetze bewiesen haben. Sollte die Gesetzgebung in einer unglücklichen Stunde die Gewerbefreiheit antasten, die Gewerbetreibenden selbst würden baldigst ihre Wiederherstellung verlangen; diejenigen, welche jetzt ihre Beseitigung verlangen, haben den früheren Zwang nicht mehr gefannt. Es soll wohl eine neue korporative Organisation des Handwerks geschaffen, jedoch nicht an der Gewerbefreiheit gerüttelt werden. (Beifall.)

Gerade in der letzten Zeit ist das Verhältnis zwischen Staat und Kirche viel erörtert worden; es scheint eine gewisse Wandlung des bestehenden Verhältnisses, das für alle Beteiligten unerträglich geworden war, in Aussicht zu stehen. Es ist vom Gang nach Kanossa die Rede gewesen; wir wollen jedoch lieber abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Ich kann nicht glauben, daß ein Mann wie Fürst Bismarck, der mit der Regelung der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat ebenso wie mit der Gründung des Reiches persönlich verknüpft ist, muthwillig die unveräußerlichen Rechte des Staates preisgibt. (Beifall.) Die Gefahr liegt vielmehr darin, daß Fürst Bismarck im Gefühl seiner mächtigen Person ohne Gesetz mit persönlichen Vollmachten, die er anwenden oder ruhen lassen kann, auskommen zu können glaubt; aber im Laufe der Zeit kommen weniger starke Persönlichkeiten, die in schwachen Stunden leicht zu große Zugeständnisse machen. Deshalb ist zu wünschen, daß das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in festen gesetzlichen Formen geregelt sei; die bestehenden Gesetze können in unwesentlichen Einzelheiten geändert werden, jedoch ohne Verzicht auf die prinzipiellen Punkte; ein Preisgeben der Position des Staates wird von unserer Partei nicht gebilligt. (Beifall.) Weit bedenklicher ist das Verhältnis der Schule; hier ist eine Verständigung zwischen Ultramontanen und Orthodoxen weit leichter zu erzielen; hier wird deshalb in den nächsten Jahren die größte Wachsamkeit geboten sein, zumal bei dem Mangel eines Schulgesetzes und der sich daraus ergebenden Freiheit der Verwaltung.

Die Lage ist für die Liberalen eine besonders schwierige; wir haben die Sezession zu bedauern gehabt und müssen uns sagen, daß für ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei zu positivem Wirken in der nächsten Zukunft kein Platz sein wird; die Fortschrittspartei wünscht dies selbst nicht; ihre exklusive Behandlung der Politik würden wir uns nie aneignen können. Wir müssen unsere volle Selbstständigkeit ebenso nach links, wie nach rechts und der Regierung gegenüber behaupten. Der alte gesunde Zustand des Zusammenwirkens mit ihr ist nicht mehr vorhanden; in dieser Krisis können wir nicht lange bleiben ohne schwere Schädigung der Gesamtheit. Hoffen wir, daß sich die Regierung bald entschließt, wieder mit einer festen Mehrheit nach festen Plänen zu wirken. Wann das wieder der Fall sein wird, ist nicht abzusehen. Einstweilen müssen wir — und ich scheue mich nicht davor — müssen wir für uns selbst stehen. Dazu ist erforderlich, daß die Partei fest in sich zusammenhält, daß sie weiß, was sie will und daß sie im Reichstage wie im Landtage in bedeutender Zahl vertreten ist. Möglich, daß wir diesmal noch einige Sitze verlieren, wenn auch eher ein Gewinn zu erwarten ist. Aber jedenfalls wird die Partei ihren Platz behaupten, weil sie nicht entbehrt werden kann, denn eine maßvolle Mittelpartei ist unter allen Umständen nöthig, sie ist fest begründet im bürgerlichen und häuerlichen Mittelstande. Ganz besonders nöthig aber ist sie in unserem jungen Reiche; ginge sie jetzt unter, sie würde alsbald wieder entstehen. Also lassen Sie uns das Vertrauen nicht verlieren, und wenn wir dieses behalten und energisch in die Wahlen eintreten, werden wir den uns gebührenden Platz im Parlamente finden und bewahren für bessere Zeiten!